

Unternehmenssteuerreform – keine bessere Alternative

AZ vom 4.1.2017

Die Schweiz hat international lange von ihrem Steuersystem profitiert, muss dies aber auf Grund der OECD-Vereinbarungen anpassen. Mit der Steuerreform werden Privilegien für bestimmte Gesellschaftsformen abgeschafft, so auch für Holdinggesellschaften. Die Reform will die Attraktivität für diese Firmen mit Ersatzmassnahmen sichern. Privilegiert besteuerte Firmen beherbergen tausende von gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Forschung und in der Verwaltung von Holdinggesellschaften. Diese Firmen sind mobil, da keine lokal verankerte Fertigung verbunden ist. Sie können schnell an anderen Orten ihre Zelte aufschlagen z.B. London oder Amsterdam. Es drohen nicht nur die direkt betroffenen Arbeitsplätze zu verschwinden. Auch andere Branchen wären betroffen, welche Dienstleistungen an diese Gesellschaften erbringen wie Treuhänder oder Anwälte.

Die Regierungsräte von Basel und Genf haben schon früh die Marschrichtung für die kantonale Umsetzung der Steuerreform bekannt gegeben. Unsere Regierung liess sich bisher nicht in die Karten blicken. Das ist schlecht für die Abstimmung am 12. Februar. Wir entscheiden über etwas, wovon wir die kantonale Konsequenz nicht genau kennen. Trotz dieser Ausgangslage müssen wir die Steuerreform annehmen. Es geht nicht nur um unseren Kanton, sondern um die Schweiz als Standort für interessante und gut bezahlte Arbeitsplätze, auch für die kommende Generation.

Der Kanton Aargau beherbergt wenig Firmen mit einem steuerlichen Sonderstatus. Dennoch sind wir davon betroffen, da viele Aargauer an den typischen Standorten wie Basel, Zürich und Zug arbeiten. Diese Aargauer zahlen in unserem Kanton ihre Einkommenssteuern. Es kann uns nicht unberührt lassen wie die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform ausgeht. Stimmen wir JA und stärken damit die Schweiz als Standort für hochqualifizierte Arbeit.

Gabriel Lüthy
Grossrat FDP